

Schon vor einigen Tagen schrieb ein Pariser Blatt, daß man sich unter Umständen auch mit der Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland abfinden könnte, und es wolle nur die Hohenzollern vom Thron ausgeschlossen wissen. Vielleicht ist der „Matin“ darauf aus, den Übergang auch zu einer Veröhnung mit den Hohenzollern zu finden, und wie Frankreich das reaktionäre Ungarn durch die Unterstützung der Thronkandidatur des Habsburgischen Karl zu gewinnen sich bemüht, so spielt es möglicherweise auch mit dem Gedanken, die deutschen Monarchisten, die sich ohnehin in einer Situation nicht sonderlich wohl fühlen, die sie mehr oder weniger an die Seite des bolschewistischen Russland bringt, zu seinen Gunsten umzustimmen.

Die Politik, die in Paris getrieben wird, ist frivol und verbrecherisch, und wenn wir auch zu der Erwartung berechtigt sind, daß England mit seinen andern gearteten Interessen sie zu zügeln bestrebt sein wird, so können ihre Gefahren doch zuletzt nur durch die Arbeiterklasse abgewendet werden. Das deutsche Proletariat hat den Standpunkt eingenommen, der ihm sowohl durch die Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens, wie durch die auf die Zukunft des Sozialismus vorgeschrieben ist. Jetzt müssen vor allen Dingen die polnischen und französischen Arbeiter ihre Pflicht tun. Die polnischen, indem sie sich von den Nationalisten ihres Landes abwenden und rücksichtslos eine Verschleppung der Friedensverhandlungen vermeiden, die auch für sie nur die fürchterlichsten Folgen haben könnte, und die französischen, indem sie alle Kraft anbieten, um die Pläne der Regierung und des nationalen Blods zu durchkreuzen.

Anatole France, der gefeierte sozialistische Dichter, hat einen flammenden Aufruf an das französische Proletariat erlassen zur Rettung des Weltfriedens. Er kommt sehr zur rechten Stunde und er wird hoffentlich den stärksten Nachhall finden. Die Sozialisten drüben stehen jetzt in einer lebhaften Auseinandersetzung über die Vorteile und Nachteile des Anschlusses an die dritte Internationale. So wichtig und bedeutsam diese Diskussion ist, so dürfen sie sich durch sie nicht hindern lassen, in geschlossener Einigkeit das zu tun, was der ernste Augenblick von ihnen erfordert.

Die Lebensmittelunruhen Antisemitische Heger als Urheber

Am 19. Juni landeten in Osnabrück Lebensmittelunruhen statt, die zu teilweiser Plünderung von Geschäften führten. Mehrere jüdische Geschäfte hatten der aufgeregten Masse Versprechungen gemacht, worauf sich die Masse beruhigte und von den Plünderungen Abstand nahm. Die Menge sollte ihren Demonstrationen fort. Schüler von höheren Lehranstalten mischten sich aber unter die Menge und begannen eine planmäßige Hege gegen die Juden. U. a. wurde der Sekundaner Bedmann, Sohn des Vertreters der Zement- und Kalkwerke Bedmann, Osnabrück, festgehalten, der fortgesetzt verurteilt, die Menge aufzuheben mit den Worten: „Leute, laßt Euch nicht von den Juden betrügen. Die Juden sind viel schlauer als Ihr. Die von den Juden betrügen. Die Juden sind viel schlauer als Ihr. Die von werden!“

Unser Gewährsmann hatte die Feststellung dieses Vorgehens veranlaßt, auf dem Volkstribunal wurde die ganze Angelegenheit protokolliert. Da von seiten der Behörden nichts unternommen wurde, wandte sich unser Gewährsmann an die Minister Koch, Dr. Blum und Harnisch unter Darlegung des Sachverhalts mit dem Ergehen, daß es diesen deutschen Nationalen unmöglich gemacht wird, durch ihre antisemitische Hege größeren Schaden anzurichten. Er bekam darauf vom Reichsminister des Innern, Koch, ein Schreiben vom 24. Juni, worin ihm dieser mitteilte, daß er seine Beschwerde abschließend an den Preussischen Justizminister überhand habe, desgleichen an den Preussischen Minister des Innern, und daß er die ihm um nähere Feststellungen und strafrechtliche Verfolgung gebeten habe.

Am 19. Juli erhielt dann der Beschwerdesteller eine Vorladung der Osnabrücker Oberstaatsanwaltschaft zur Vernehmung in einem Ermittlungsverfahren. Am 21. Juli wurde er vernommen. Am 9. August wurde ihm dann von der Oberstaatsanwaltschaft mitgeteilt, daß das Verfahren eingestellt worden sei, weil Personen, die an dem fraglichen Abend die Anse: Los auf die Juden“ ausgehoben hätten, nicht ermittelt werden konnten. Die Ankerung des Schülers Bedmann: „Leute, laßt Euch nicht von den Juden betrügen usw.“ enthalte keine Aufforderung zur Begehung von Plünderungen oder sonstigen Gewalttaten. Es liegt deshalb kein Anlaß zum strafrechtlichen Einschreiten vor.

Es lohnt sich nicht, daß man sich über detaillierte Fälle noch äußert. Ähnliche und schlimmere Vorkommnisse werden von den Behörden der freien deutschen Republik nicht nur geduldet, sondern auch provoziert, wie es aus den Magdeburger Enthüllungen einwandfrei hervorgeht. Aber der Osnabrücker Fall zeigt doch ganz deutlich, daß die Plünderung der Lebensmittelgeschäfte in erster Linie auf den antisemitischen Wöbel zurückzuführen sind, der seine Erziehung durch jene Presse genießt, die die Lebensmittelkrawalle auf das Schuldkonto der sozialistischen Arbeiterklasse legen will.

Die Kohlenfrage

Forderungen der Ufa-Betriebsräte

Die Betriebsräte und Schichtarbeiter der „Ufa“ von über 200 Schichtanlagen des Ruhrreviers, die fünf Sechstel aller Betriebsräte des Ruhrgebietes vertreten, tagten in Essen, am 10. Juli mit den Zechenverbänden vereinbarten Richtlinien zum Betriebsrätegesetz, zu den Maßnahmen von technischen Grubenbeamten und zu der Frage der Steigerung der Kohlenproduktion Stellung zu nehmen. Die Versammlung wandte sich sehr lebhaft gegen die Richtlinien für das Betriebsrätegesetz, und beschloß, dem Zechenverband eine entsprechende Entschädigung zu unterbreiten. Ferner wurde eine Entschädigung einflussig angenommen, in der auf Grund des Amnestiegesetzes die unverzügliche Wiedereröffnung der Grubenangestellten gefordert wurde. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen jedoch die Beratungen über das Kohlenabkommen von Spa.

Die Versammlung war sich darüber einig, daß dieses Abkommen so weit wie möglich erfüllt werden müsse. Es sei daher Pflicht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, alles Erdenkliche zu tun, um die Kohlenproduktion zu fördern.

Sozialisierung der Bergwerke

durch die allein dieses geschehen könnte, müßte aber gefordert werden:

1. Sofortige obligatorische Einführung des Zweiförder-Systems.
2. Die aus Anlaß der Kapp-Mirren gemachten Arbeiter des Bergbaues müssen sofort reiflos wieder eingestellt werden, soweit man sie nicht gemeiner Verbrechen bezichtigt.
3. Einstellungszwang im Bergbau für gelernte und ungelernete Arbeiter.
4. Die Arbeitslosen aus den Randbezirken sollen durch Einlage besonderer Züge den in Frage kommenden Zechen zugeführt werden.
5. Anstöße im Ruhrkohlenbezirk, die keine volkswirtschaftlich notwendige Arbeit verrichten, sind zwangsweise zur Leistung solcher Arbeiten zu veranlassen.

6. Die Vorrichtungsarbeiten sind durchweg mit größter Beschleunigung durchzuführen.

7. Die Abbauethoden sind genauestens zu überprüfen.

8. Vorzugsweise Belieferung der Zechen mit Materialien und genügende Belieferung der Betriebe mit Preßluft und Förderwagen, Erfassung von Reserven, Einführung von Wärmeüberwachungsstellen und Prüfung der Preßluftwirtschaft.

9. Ausreichende Ernährung und Kleidung der Bergarbeiter. Größere Dispositionsfreiheit der technischen Grubenbeamten und Abschaffung der großen Steigerreviere.

Die Reichsregierung zur Sozialisierung

Das Reichsarbeitsministerium legt Wert auf die Berücksichtigung der folgenden Punkte:

In der letzten Sitzung des Reichstages am 5. August 1920 hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Auftrage der Reichsregierung eine Erklärung zu der Frage der Sozialisierung abgegeben, die um ihrer grundsätzlichen Bedeutung willen hier im Wortlaut mitgeteilt wird:

„Der Reichswirtschaftsrat hat bereits in seiner Sitzung vom 24. Juli fast einstimmig sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angestellten zu mitverantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Ich bin nun ermächtigt zu erklären, daß die Reichsregierung ebenfalls auf dem Boden dieses Beschlusses steht. Sie hat den Herrn Reichswirtschaftsminister beauftragt, unverzüglich die Weiterverfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der im Laufe dieses Monats zu erwartende Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Art und Form der Sozialisierung werden sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung größter Produktivsteigerung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Mit der Heranführung dieses Gesichtspunktes bezieht sich die Reichsregierung ebenfalls in völliger Übereinstimmung mit dem Beschlusse des Reichswirtschaftsrates vom 24. Juli.“

Danach marschiert die Sozialisierung wieder einmal. Wir sind gespannt!

Landwirtschaft und Zwangswirtschaft

Wie der Presse aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium mitgeteilt wird, ist die Ablieferung von Brotgetreide aus der neuen Ernte bis jetzt so lässig betrieben worden, daß eine Störung in der Belieferung der Großstädte mit Mehl für die nächste Zeit zu befürchten ist. Anscheinend will die Landwirtschaft damit auch die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide erzwingen.

Die Waffenschieber

Am 26. Juni sind auf dem Güterbahnhof Wilmersdorf zwei Waggons mit Seitengewehren und Infanteriemunition für Polen entdeckt worden. Diese Heeresgeräte haben 14 Tage unter Bewachung der Sicherheitspolizei auf dem Bahnhof Wilmersdorf gestanden. Danach sind sie nach dem Güterschuppen transportiert worden, wo sie noch heute unter Bewachung der Ueberwachungsdiensstelle liegen.

Dem Staatskommissariat für öffentliche Ordnung ist davon Mitteilung gemacht worden, was die untenstehenden Urkunden beweisen. Trotzdem ließen die Geräte aber noch heute im Güterschuppen. Die Eisenbahner fürchten, daß sie eines schönen Tages verschoben werden sind. Es ist deshalb Aufforderung von dem Staatskommissariat und von der Regierung zu verlangen, was mit dem Heeresgeräte geschehen soll und wie lange es noch im Güterschuppen des Bahnhofes Wilmersdorf untergebracht sein soll. Die beiden Schreiben lauten:

Beliehnung.

Vorzeiger dieses, der Rangierer Karl Bruno, wohnhaft Schneberg, Heurichstraße 65, hat am 26. Juni 1920 während des Dienstes zwei Waggons mit Seitengewehren und Infanteriemunition für Polen entdeckt.

Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau, den 9. August 1920.

Der Oberbahnhofsverwalter.

Siegelabdruck. I. B.: Uchtle, Eisenbahnassistent.

T. 7. Herrn Major Helm zur Kenntnisnahme der Angaben des K. Bruno. Ueberbringer ist von T. I. III. aufgefördert, eine Meldung dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung zu übermitteln.

T. I. III. 13. August.

Bei T. 7 nichts bekannt. Mendenbrand.

Wir verlangen, daß die Waffen sofort in Sicherheit gebracht oder vernichtet werden. Sonst erscheint eines Tages ein Schleier mit gefährlichen Ausweisen und befördert sie doch nach Polen oder in die Hände der Reaktion.

Gründung einer weißrussischen Sowjetrepublik

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Paris, 14. August.

Ein russischer Funkpruch meldet die Gründung einer weißrussischen sozialistischen Sowjetrepublik. Die russische Regierung begrüßt die neue Republik und betrachtet sie als ihre Verbündete. Sie verpflichtet der Republik Weißruthenischen Schutz gegen die Polen. Der Sitz der Regierung ist Minsk.

Die polnisch-russischen Verhandlungen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Paris, 14. August.

Die polnische Regierung teilt mit, daß die polnische Delegation, die nur zum Zwecke der Information über das Staatsleben der Weißruthenlandsbesprechungen sich zur Grenze begeben hatte, nach Warschau zurückgekehrt ist mit der Mitteilung, daß am 14. früh die polnische Delegation die russische Front überschritten soll.

Der Sonderberichterstatter des Matin meldet aus Warschau, die polnische Regierung habe entschieden, daß letzte bolschewistische Angebot als aufrichtig anzusehen.

England und Frankreich

London, 14. August. (Neuter.)

Die Nachricht, Lloyd George habe Polen geraten, die Bedingungen Sowjetrußlands anzunehmen, ist ungenau. Die nach einem englischen Kronrat an Polen gesandte Note enthält keine Ratsschlüsse an die polnische Regierung, sondern besagt einfach, die englische Regierung sei der Ansicht, daß das britische Volk keine Kriegserklärung billige zu dem Zwecke, Polen zu unterstützen, um eine Verbesserung der russischen Bedingungen zu erlangen, sofern die Bedingungen Sowjetrußlands in gutem Glauben gestellt und ohne Hintergedanken sind.

Der „Petit Parisien“ meldet aus London: In englischen politischen Kreisen meint man, daß die Zukunft der französischen englischen Entente günstige Aussicht hat. Man mißt einer neuen Depesche viel Wichtigkeit bei, in der gesagt wird, daß die französische Regierung zugebe, die Anerkennung des Generals Wrangel verpflichte nicht zu einer sofortigen militärischen Unterstützung des Generals. Nach meinen Informationen, so schreibt der Korrespondent des Matines, soll dieser Kompromiß noch nicht vollendete Tatsache sein. Aber die Unterhandlungen bewegen sich jetzt in diesen Bahnen und in englischen ministeriellen Kreisen soll man dieser Idee sehr günstig gegenüberstehen. Ein Meinungsaustrausch erfolgte gestern zwischen Downingstreet und dem französischen Geschäftsträger. Obwohl noch keine Entscheidung getroffen wurde, kann man doch bemerken, daß eine günstige gegenseitige größere Annäherung in diesen Unterhandlungen vorherrsch.

Ein Prozeß vor dem französischen Kriegsgericht

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Frankfurt a. M., 14. August.

Am 13. August fand vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz ein Prozeß statt, der das gefährliche Treiben des „Heimatdienstes“ beleuchtet. Bereits am 19. Juni war das „Bolschewistik“ in Frankfurt in der Lage, Mitteilungen über diese Organisation zu machen, deren unheilvolles Wirken die Arbeiterklasse im besetzten Gebiet in die größten Gefahren drängt. Wie der „Heimatdienst“ im Innern durch seinen Eigenfeldzug gegen den Bolschewismus für die Reaktion arbeitet, so ist er auch nach außen tätig, indem er nationaleistische Tendenzen zu fördern sucht.

Die U. S. V., die Partei der Revolution, bekämpft diese Maßnahmen nicht, um mit den Franzosen zu liebäugeln. Die Forderungen der Arbeiter im besetzten Gebiet sind völlig gerechtfertigt, aber es ist eine Gemeinheit und Feigheit zugleich, wenn aus der Sicherheit der Berliner Zentralen diese Forderungen in einer Weise ausgeschaltet werden, die nur geeignet ist, das Proletariat in die bereitstehenden französischen Maschinengewehre zu treiben.

Die deutsche Politik, besonders Frankreich gegenüber, muß versuchen, Vertrauen zu gewinnen und nicht eine Politik treiben, die sich auf keine andere Macht stützt, als auf die der Dummheit und der Phrasen. Jedermann weiß, mit welcher Festigkeit wir die deutschen Militärgerichte bekämpfen. Wir sind ebensoweit davon entfernt, den Spruch des französischen Kriegsgericht, dessen Härte uns entsetzt, rechtfertigen zu wollen. Es scheint, daß diese grausame Brutalität unvermeidlich ist, solange die Gerechtigkeit in Uniform auftritt, ob sie nun den Stahlhelm oder das Käppi trägt.

Daß die Angeklagten, selbst wenn sie schuldig sind, die übertrieben großen Strafen nicht verdienen, ist sicher. Schlimmerfalls waren sie nicht mehr als die Ausführungsglieder von Personen, die sich vorfahrlässig außerhalb des besetzten Gebietes aufhalten. Der Angeklagte Willinger konnte nicht überführt werden. Das Verfassen eines verlogenen Briefes kann man nicht als Spionage bezeichnen, und andere Beweismittel waren nicht beigebracht.

An sich begrüßen wir nur, daß die Arbeiterklasse sich gegen die separatistischen Bestrebungen wendet, und als die einzige Partei, die vorbehaltlos den Einheitsstaat fördert, haben wir mehr Recht dazu, als so mancher entrüstete Schreier. Daß bei dieser Abwehr alle Gewaltmittel zu vermeiden sind, ist angesichts der waffenstarken Besatzung selbstverständlich. Um so verderblicher und verhängnisvoller erscheint unter diesen Umständen die Arbeit des „Heimatdienstes“. In unwiderleglichen Dokumenten wurde seine Tätigkeit, der die angebliche Vertragsfreudigkeit unserer offiziellen Politik direkt widerspricht, enthüllt. Ein Kommentar zu diesen Dokumenten ist überflüssig.

Die Gerichtsverhandlung

Die Verhandlung, die im Schwurgerichtssaal des Justizpalastes stattfand, wurde von Oberleutnant Schneider geleitet, der mit vier Offizieren das Gericht bildete. Die Anklage vertrat Major Basse. Die Verteidigung lag in den Händen der Rechtsanwälte Neumann, Z. Weiler, Kersch, Han-Ban-Truon. Von den elf Angeklagten waren nur fünf erschienen: der Kaufmann Ludwig Willinger aus Mainz, der Journalist Bernhard Schilddach, ein mehrheitssozialistischer Abgeordneter, der dem heftigen Landtag angehört, aus Offenbach, der Gewerkschaftsleiter Nikolaus Willinger, der Kaufmann Christian Schaffer, und der Schloßer Otto Freit, sämtlich aus Ludwigshafen. Die Anklage beschuldigt die drei Bezeugten, Flugblätter unter die Besatzungstruppen verteilt, Vorbereitungen zum Generalaufstand im Auftrag des „Heimatdienstes“ getroffen und durch die daraus sich ergebenden Folgen die Besatzung gefährdet zu haben. Schilddach wurde Brandbruch und Benutzung eines falschen Passes, Willinger Spionage zur Last gelegt.

Nach den üblichen Formalitäten gelangte ein Brief zur Verlesung, den Willinger als Mitglied des Aktionsausschusses zur Vorbereitung des Generalaufstandes am 21. Oktober 1919 gerichtet hat. Er fordert eine möglichst allgemeine Verteilung im Aktionsauschuss und warnt vor vorzeitigem Vorgehen. „Lieber als freier Mann sterben, als in Knechtschaft verbleiben.“

Es wurden Johann Schriftstücke verlesen, die von der Zentrale für Heimatdienst, geleitet von Dr. Strahl, verfaßt sind, und zwar meistens nach Frankfurt an Main Gruber, der Parteibeamter der SPD, und Agent des Heimatdienstes war. Da der vorher zitierte Brief Willingers ebenfalls an Gruber gerichtet war, nahm die Anklage eine Verbindung auch in weiterer Nähe an. Gruber, der ebenfalls angeklagt ist, befindet sich nicht in den Händen der französischen Gerichtsbarkeit.

Wir geben einen kurzen Auszug der Dokumente:

Am 7. November 1919 werden allgemeine Direktiven für das Zusammenarbeiten zwischen Rheinland und unbesetztem Gebiet gegeben. Wirtschaftliche Streiks sind politisch auszunutzen. Die Beamten sollen besonders bearbeitet werden. Es ist nötig, daß die Spannung zwischen Besatzung und Bevölkerung bestehen bleibt. Besonders soll die Propaganda auf Amerika berechnet werden, um eine Intervention gegen Frankreich herbeizuführen. Die Rede des Präsidenten der Rheinlandskommission über Schutzpolizei und Beamtenfragen ist auszuschalten.

In einem Rundschreiben der U. S. V. vom 8. November wird die Bekämpfung des Bolschewismus auch im besetzten Gebiet gefordert.

Franzosenfreundliche Personen sollen beobachtet und laufende Berichte darüber nach Berlin geschickt werden.

Im Oktober 1919 fordern zwei Briefe zu äußerster Geheimhaltung auf, und es soll in erster Linie Mundpropaganda betrieben werden. Mitteilungen über weitere Mitarbeit werden angefordert. Die Arbeit muß als private erscheinen und unbedingt der Eindringlichkeit ferngehalten werden, daß der Heimatdienst über öffentliche Gelder verfügt.

Am 13. Mai erfolgte eine Anfrage über die benötigten Gelder. Die mehrheitssozialistische „Wiesbadener Volkstimme“ erhält ein allgemeines Lob und eine kleine Rüge, weil sie das Zentrum angegriffen hat.

In Köln, Koblenz, Trier und Kaiserslautern sollen Agitatoren angestellt werden. Ein Brief vom 20. Dezember mahnt zu äußerster Vorsicht. Landrat von Alfens hatte mitgeteilt, er sei ausgewiesen, weil der Besuch eines Agenten ihn verdächtigt gemacht habe.

Soweit die Angaben aus den Dokumenten. Das Gericht verurteilte Moschwig, Gruber, Stog, Lpos, Werner, Kuch und den Schweizer Edda in contumaciam zu je 20 Jahren Zerstörung, Willinger wegen Spionage zu 10 Jahren, die übrigen Angeklagten, weil sie Vorbereitungen zum Generalaufstand getroffen und Flugblätter unter der Besatzung verteilt, und dadurch französische Truppen gefährdet hätten, zu je einem Jahr Zerstörung. Schilddach wegen Brandbruch und Benutzung eines falschen Passes außerdem zu 10 000 M. Geldstrafe.

In der preussischen Landesversammlung werden im Laufe der zweiten Augusthälfte bereits verschiedene Anträge für die Revision der Besatzungsreform für den 17. d. Mts. eingebracht worden, um die vorliegenden Anträge auf Abänderung der Besatzungsordnung zu prüfen. Der 23. Anschlag wird vom 23. d. Mts. ab das Volkshausgesetz beraten.

Die geplante Bombe

Die reaktionäre Presse ist krampfhaft bemüht, aus der Magdeburger Spitzelaffäre einen Einzelfall zu konstruieren. Sie versucht ihre Hände in Unschuld zu waschen und stellt es so dar, als ob sie mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun habe. Dieses Verhalten ist eitel Heuchelei und entspringt einer klug berechneten politischen Taktik. Die Tatsachen beweisen uns, daß die reaktionäre Presse monatelang aus den trüben Quellen der Spitzelorganisationen ihr Material gegen die Linksparteien schöpft. Sie möchte diese Quellen nicht verstopfen lassen, sie kennt das ganze innere Getriebe dieser Organisationen, die eines der wichtigsten Glieder der monarchistischen Gegenrevolution sind und die daher nicht auseinandergeprengt werden sollen; weil damit sonst die ganzen Zukunftspläne der Reaktion in nichts zusammenbrechen würden.

Um das Wesen der Spitzelorganisationen richtig zu verstehen, muß etwas weiter zurückgegriffen werden. Sie entstanden kurz nach Ausbruch der Revolution und beschränkten sich damals zunächst darauf, tendenziöse Meldungen auszubreiten, die Verwirrung und Zwietracht in die Reihen der Arbeiter sätten sollten. Der Sammelpunkt für alle Umtriebe wurde dann die Antibolschewistische Vereinigung, jene Organisation, die Millionen dazu ausgab, um die Straßen der Städte mit schreienden Plakaten und blutrünstigen Bildern zu verschandeln. Die Hege gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der Kopfspreis, der auf die beiden Führer ausgesetzt wurde, war das nächste Werk. Es kann heute als todsicher bezeichnet werden, daß die Antibolschewistische Vereinigung der Hauptantreiber bei jeder schändlichen Mordtat war, die im Januar 1919 im Edenhof verübt wurde. Vor dem Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung bekundete ein Zeuge unter seinem Eid, daß diese Gesellschaft auch das Geld spendet habe, das in sehr reichlichem Maße den Mordern und ihren Helfershelfern zufließt.

Berlin wurde sehr bald die Zentralfestung der antibolschewistischen Spitzelkunst. Sie arbeitete gemeinsam mit den militärischen Nachrichtendiensten, bekam für ihre Agenten militärische Ausweise, nahm in deren Auftrag Verhaftungen vor (Lebebour, Richard Müller) und wurde in allen Fällen von den Militärbehörden gedeckt. Ein gemeinsamer Korruptionsfonds, von der Schwereindustrie, den Banken, dem Großhandel gespendet, stand der militärischen und antibolschewistischen Spitzelkunst zur Verfügung. Aus ihm wurden die Gelder für die Flucht Bogels bestritten, auch die halbe Million Mark, die Marlow im Falle seiner Flucht erhalten sollte, gebachte der ehrenwerte Kessel nach eigener Aussage vor Gericht diesem Fonds zu entnehmen.

Die Hauptaufgabe der Spitzel war des ferneren auf die Befestigung der militärischen Macht gerichtet. Es galt, die radikale Arbeiterschaft wehrlos zu machen, die Alleinherrschaft der Generalität wieder herzustellen. Das konnte nur durch einen großen Überfall geschehen, die Hochburgen der Unabhängigen mußten gesprengt werden. Um der Reichswehr und den Freikorps Gelegenheit zum gewalttätigen Einschreiten zu geben, wurden planmäßig die Hochburgen der Unabhängigen kurzweil gemacht durch einen gut geleiteten Pressefeldzug. Jeden Sunnenfeldzug, den die Reichswehr im einzelnen gegen die Städte Bremen, Braunschweig, Gotha, Halle, Leipzig und gegen das Ruhrgebiet unternahm, ging eine systematische Pressebegehe voraus. Die Berichte entsprachen genau dem Muster, nach dem die Magdeburger Postfabrik gearbeitet hat. Nachdem die Arbeiterschaft geschwächt, in die Dezentrale gedrängt und die Reichswehr überall die Oberhand gewonnen hatte, galt es, den Friedensvertrag zu sabotieren, die Notwendigkeit einer starken Wehrmacht nachzuweisen, das Ausland für den neudeutschen Militarismus geneigt zu machen durch Verbreitung unwahrer Nachrichten über die innerpolitische Lage. Jedesmal, wenn über Berlin für die Herabsetzung der Reichswehr näher riefte, setzte eine gesteigerte Agitation der Nachrichtenstellen ein. Rote Armeen schossen wie die Blitze aus der Erde, dreimal in der Woche wurde der Ausbruch eines neuen politischen Brandes an irgend einem Ort Deutschlands vorausgesagt, und jedesmal geschah nichts, weil alle Nachrichten plumpe Lüge waren. Gladstone aber doch irgendwo ein Feuerchen auf, dann waren es die militärischen und privaten Spitzel, die den Zündstoff gelegt hatten. Die Tätigkeit der Reichswehr im letzten Jahre kann somit mit der Feuerwehr verglichen werden, die Brände anzulegt, um Gelegenheit zum Löschen zu bekommen, ihre Unentbehrlichkeit damit nachzuweisen.

Der Vorbereitung und Durchführung des Kapp-Putsches galt dann die nächste Aufgabe. Die Antibolschewistische Vereinigung, anständig geworden durch ihren ominösen Namen und berichtigt durch ihre sichtbaren Taten, änderte die Firma, um bessere Arbeitsmöglichkeiten zu gewinnen. Sie legte sich das harmlose klingende Aushängeschild Deutsche Wirtschaftshilfe bei, gründete als Zweigstelle die Deutsche Vorkriegsgesellschaft, zog die Organisation stärker und war am 13. März auf der vollen Höhe ihrer Wirksamkeit. Aus dem ganzen Reich liefen bei der Zentrale in Berlin, Oranienburger Str. 67, die Nachrichten der Agenten und Nebenstellen ein, wurden an die Reichswehr, die Nationale Vereinigung und alle sonstigen Rückwärtsinteressenten weitergeleitet. Der Zusammenbruch des Untertugendens fürte dann vorübergehend die Tätigkeit. Heute ist die Organisation wieder auf voller Höhe. Mit Nachdruck feuert sie gemeinsam mit der Reichswehr, den militärischen Geheim- und Nebenorganisationen, einem neuen Putsch zu, der, besser und gründlicher vorbereitet, vollenden soll, was am 13. März mißlang.

Magdeburg ist kein Einzelfall. Er läßt nur ein Zipselchen des über ganz Deutschland gezogenen Netzes. Aber er gewährt uns einen guten Einblick in das innere Getriebe der Organisation, kennzeichnet ihre Methoden und Absichten und sollte, wenn das deutsche Volk, soweit es nicht zur Reaktion gehört und den Anspruch auf Reife und politische Denkfähigkeit erheben will, die Lagen und Gleichgültigen aufzurütteln, ihnen sagen, daß wir über den Weg des Spitzelsumpfes direkt ins politische Verderben hineintreten, wenn nicht schnellstens eine große Abwehrfront hergestellt wird. Das Vertuschungsmanöver der rechtsstehenden Presse, die die Magdeburger Spitzelaffäre als die Privatleiste einiger phantasiebegabter und unverantwortlicher Elemente hinstellen möchte, muß durchkreuzt werden. Nicht die Spitzel sind die Verbrecher, sondern die Auftraggeber. Diese sitzen aber nicht in Magdeburg allein, sondern in allen politischen Zentralspitzen der Gegenrevolution. Der Magdeburger Spitzelaffäre ist keine lokale Angelegenheit, sondern eine innerpolitische. Die volle Auswirkung der Ziele, die sich die politische Geheimorganisation der Rechtsparteien gemeinsam mit der Reichswehr und der Organe des Herrn Eichelé gesteckt hat, betreffen die Angelegenheit des ganzen arbeitenden Volkes. Denn nicht

Gegen Krieg und Reaktion

Beschlüsse der österreichischen und tschechischen Arbeiterschaft

Wien, 14. August.

Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, genehmigte der Kreisarbeiterrat einstimmig in seiner gestrigen Sitzung eine Resolution des Munitionskontrollausschusses, worin unter anderem erklärt wird, daß der Kreisarbeiterrat und alle seine Organe alle Kraft einsetzen werden, um alle Lieferungen von Munition und sonstigem Kriegsmaterial an Polen und alle anderen gegenrevolutionären Staaten zu verhindern. Ein Zusatzantrag der Kommunisten, worin erklärt wird, daß alle Macht den Arbeiterräten zukomme, und die dritte Internationale sowie die Weltrevolution gepriesen wird, wurde, nachdem sich der Vorsitzende Friedrich Adler dagegen ausgesprochen hatte, abgelehnt.

Die deutsch-österreichische Arbeiterschaft hat jedoch durch ihre tapfere Haltung während des Boykotts gegen Ungarn gezeigt, daß ihre ganze Bedeutung einzuwirken besteht im Interesse des internationalen Proletariats, gegen die Reaktion und für den Frieden. Sie wird den kaum abgebrochenen Kampf nur fortzusetzen brauchen, um die Beschlüsse des Arbeiterrats in die Tat umzusetzen.

Gleichzeitig haben sich, wie eine Privatmeldung der „Bolschewistischen Zeitung“ aus Prag besagt, die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten, die allernäherst künftigen und politisch einflussreichsten Parteien der beiden Nationen in Böhmen, zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammengesand. Ein Vorschlag an die Arbeiterschaft gilt der Durchführung der Neutralität im russisch-polnischen Kriege. In dem Antrufe heißt es:

„Das polnische Proletariat ist in diesem Kampf das Opfer des polnischen und Entente-Imperialismus. Wir senden ihm unsere solidarischen Grüße. Mit dem russischen Proletariat fühlt sich die Arbeiterschaft beider Nationen einig im Kampfe gegen die kapitalistische Reaktion und ist entschlossen, jede Unterstüßung der Feinde Sowjetrußlands mit allen zur Hand stehenden Mitteln zu verhindern. Das sozialistische Proletariat wird nicht zulassen, daß irgendein Gebiet der Republik von Vormarschreaktionärer Truppen oder zur Durchführung von Kriegsmaterial gegen Rußland mißbraucht wird.“

Die Aktion ist aus zwei Gründen von besonderem Interesse. Das internationale Proletariat wird es freudig begrüßen, das es zu dieser gemeinsamen Kundgebung der beiden Parteien gekommen ist, die lange Zeit in heftigster Feindschaft gegenüber lagen. Sodann ist das Eintreten der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei für den Frieden um deswillen besonders wichtig, weil das Gebiet dieses Landes Ungarn von Polen trennt. Die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei wird es zu verhindern haben, daß die ungarischen Landstreiche der Reaktion, die sich schon seit längerer Zeit bei den Polen angegliedert haben und die von Frankreich gedungen sind, um für die Interessen der europäischen Reaktion gegen Sowjetrußland zu kämpfen, in den Krieg eingreifen können, um ihn zu verlängern. Der letzte Satz des Anrufes weist deutlich auf die Bedeutung dieser Position der Tschechoslowakei hin.

Die Internationale Aktion

St. London, 14. August.

Die Konferenz der Gewerkschaften und der englischen Arbeiterpartei nahm gestern vormittag eine Entschließung an, in der mit Genugtuung die Erklärung der russischen Sowjetregie-

um der Sensation willen reden die Geldgeber ihre Millionen in den riesenhaften Spitzelbetrieb. Es kommt ihnen vielmehr auf die politische Wirkung an. Die gesteigerte Agitationskampagne hängt mit den Abmachungen in Spa aus engster Zusammenhänge. Die deutschen Militärs wollen nicht abrüsten. Das Bürgertum will seine Waffen behalten. Durch das Entwaffnungsgesetz soll nur das Proletariat getroffen werden. Deshalb die dauernde Beunruhigung der Öffentlichkeit durch die erfundenen, auf Befehl der politischen und militärischen Zentralsstellen hergestellten unwahren Nachrichten, die natürlich auch das Ausland erreichen sollen, um dort Eindruck zu machen, die Regierungen der Entente zu bewegen, trotz Spa gegen eine stärkere Reichswehr keinen Widerspruch zu erheben und auch dem Weiterbestehen der reaktionären Bürgergarden keine Schwierigkeiten zu machen. Der Geist Ludendorffs und Stinnes geht um. Die wirtschaftliche und politische Knechtung der deutschen Arbeiterschaft, das Herbeiführen neuer internationaler Konflikte ist das Ziel der Versuch, das durch die Bombe, die in Magdeburg platzte, im grellen Lichtschein erschien. Die Sprengstücke der Bombe sind nicht mehr gefährlich. Es gilt, die Dynamitherde zu beseitigen, die von der Reaktion überall aufgestapelt sind in Deutschland und jeden Augenblick explodieren können.

Der Nationalbolschewismus erlebte

Wie die „Dema“ erzählt, ist auf dem Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands folgende Entschließung angenommen worden: Der Parteitag der K. A. P. D. spricht aus, daß er sich mit den nationalbolschewischen Lehren von Wollheim und Lauffenberg nicht einverstanden erklären kann. Die in der K. A. P. D. organisierten Proletarier bekennen sich nicht als internationale Sozialisten und verwerfen als solche jede Propaganda für die Wiederbelebung des nationalen Gedankens in den Reihen der Arbeiterschaft. Wenn die Genossen Wollheim und Lauffenberg weiterhin ihre nationale Tendenz propagieren, stellen sie sich außerhalb der Reihen der internationalen Sozialisten.

Modell 98 als Spielzeug

Unter dieser Schlagmarke bringt die „Berliner Volkszeitung“ folgende ihr zugekommene Meldung: In Weihenstephan beteiligte sich in der vorigen Woche der Kriegerverein an einer Weerdigung. Die „Kameraden“ übten sich verpflichtet, dabei etwa hundert Gewehre Modell 98 vorzuführen und mit ihnen den Ehrensalut zu schließen. Es ist auffallend, daß die Kriegervereine immer noch im Besitz von modernen Gewehren sind. Dieser Auffassung war auch eine Verammlung von Arbeitssoldaten, an der der bewaffnete Kriegerverein nach der Rückkehr vom Friedhof vorbeizog. Das Entwaffnungsgesetz ist angenommen. Die Arbeiter schütten sich veranlaßt, dem Gele sofort nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Sie machten einen überraschenden Angriff auf die „Krieger“ und eigneten sich deren Waffen ohne Zwischenfall an. Ueber den Verbleib der Waffen ist dann allerdings nichts mehr gehört worden. Vielleicht nur deshalb, weil der Entwaffnungskommission noch keine Abgabestelle für Waffen angegeben hat.

Werden sich die zuständigen Regierungsstellen nun auch schleunigst an die Kriegervereine wenden, damit ihnen endlich die Waffen abgenommen werden? Werden diese auf die Ehrensalutscherei nicht verzichten, so bedürfen sie dazu keiner modernen Kriegswaffen.

ung über die Unabhängigkeit Polens begrüßt wird. Die Konferenz erklärte einstimmig, daß sie gegen jede militärische und maritime Intervention in Sowjetrußland geschlossen vorgehen werde. Die Redner betonten aber, daß dies in dem guten Glauben an die ehrlichen Absichten Rußlands geschehen solle.

Von ähnlichen Kundgebungen wird aus Frankreich berichtet. So richtete Anatole France in der „Humanité“ einen Appell an das Proletariat, der mit den Worten schließt, das Proletariat habe ausgedrückt das Heil Frankreichs in seinen Händen, das Heil Europas, das Heil der Welt. Mit tiefer Erregung und mit einer vom Alter geschwächten Stimme rief er: „Franzosen! rettet den Weltfrieden!“

Ferner wird aus Paris gemeldet: Die aus Rostow zurückgekehrten Delegierten der französischen Sozialisten Cachin und Proffard erhielten gestern abend in einer Vollsversammlung, an der zehntausend Personen teilnahmen, Bericht über ihre Reise durch Rußland. Sie schilderten das Sowjetregime und traten für den Anschluß an die dritte Internationale ein. Zum Schluß wurde eine Tagesordnung angenommen, in der sich die Versammlung mit der russischen Arbeiterrevolution solidarisch erklärt und sich verpflichtet, sich mit allen Kräften gegen einen neuen Krieg zu wenden, der die Abenteuer unterstützen würde. Die Versammlung brückte den Wunsch aus, die Regierung der Sowjetrepublik solle anerkannt werden.

Für die deutsche Neutralität

In Kiel hat am 13. August eine gemeinsame Massenversammlung der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften für die Aufrechterhaltung der deutschen Neutralität im russisch-polnischen Kriege stattgefunden. Redner der USP, SPD, KPD, und der Afa ergriffen zu kurzen Ausführungen vor den vielen Tausenden Demokraten das Wort. Die Veranstaltung, zu der die Arbeiter zum Teil in geschlossenem Zug mit roten Fahnen aus den Fabriken und Werften heranmarschiert waren, verlief in größter Ruhe und Ordnung und schloß mit einem begeisterten Hoch auf Sowjetrußland und die internationale Solidarität des Proletariats.

Ferner hat der Allgemeine Gewerkschaftsbund der freien Stadt Danzig eine Sitzung abgehalten, in der folgender Antrag zur Annahme gelangte:

„Die Versammelten verpflichten sich, Kriegsmaterial, das für Polen bestimmt ist, aus dem Freistadtgebiet heraus nicht mehr zu befördern. Die Danziger Arbeiter finden es unter ihrer Würde, zur Befestigung des russischen Proletariats den Polen Schergendienste zu leisten. Sie verpflichten sich dafür zu sorgen, daß auf allen Dienststellen jede Arbeit verweigert wird, die den reaktionären Bestrebungen der Polen für ihre Kriegszwecke von Nutzen sein könnte.“

Französische Truppentransporte

Katibor, 14. August.

Die Arbeiterschaft der Kattbör Hauptwerkstätte hielt heute früh einen Transport französischer Truppen an und setzte, wie der „Oberhiesische Anzeiger“ berichtet, durch, daß der Zug auf ein totes Gleis gesetzt wurde, wo er unter Bewachung der Arbeiterschaft steht. Nach einer Meldung des gleichen Blattes wurden auch auf den Stationen Kowja, Zworau und Annaberg Transportzüge angehalten. Die Arbeiterschaft verlangt, daß während des russisch-polnischen Krieges jegliche Truppenbewegung im besetzten Oberhiesien seitens der Alliierten unterbleibe, und will diese Forderung mit allen Mitteln durchsetzen.

Monarchistische Pläne in Ungarn

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Wien, 14. August.

E. K. Ich erfahre aus absolut zuverlässiger Quelle, daß die französische Regierung in Prag offiziell anfragen ließ, wie die tschechische Regierung sich zur bevorstehenden von Frankreich unterstützten Rückkehr des Erzherzogs Karl auf den ungarischen Thron verhalten würde. Die tschechische Regierung erklärte, darin von ungarischer Seite einen leiblichen Akt erblicken und demgemäß handeln zu müssen. Der tschechische Ministerpräsident Tuzar hatte darüber mit dem Grafen Gorja in Venedig eine Besprechung, der den Standpunkt der italienischen Regierung dahin zusammenfaßte, daß die Rückkehr eines Habsburgers auf den ungarischen Thron der Kriegssollnischen Ungarn und Italien sei. Benso's Reise nach Belgrad-Bukarest bezweckt, ein einheitliches Vorgehen gegenüber der ungarischen monarchistischen Restauration festzusetzen. In Ungarn wird die Hilfe Mobilisierung weiter betrieben. Die ungarische Regierung erklärt, daß der Waffentausch in Jászberény von Kettenhändlern verübt worden sei.

Die Forderungen der englischen Bergarbeiter

St. London, 14. August.

Der Exekutivsausschuß des Kartells der Eisenbahner, Bergarbeiter- und Transportarbeitergewerkschaften, des sogenannten Dreihunds, wird am 31. August eine Konferenz einberufen zur Besprechung des von den Bergarbeitern an das Kartell gerichteten Beschlusses um Unterstützung ihrer Forderungen. Man glaubt, daß das Kartell, das den Forderungen der Bergarbeiter wohlwollend gegenübersteht, für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen eintreten wird.

Es handelt sich um die Wiederbelebung der Aktion der englischen Bergarbeiter für die Sozialisierung des Bergbaues und es hat den Anschein, als ob die Bewegung durch die Beratungen der Bergarbeiterinternationale in Genf neuen Auftrieb empfangen hat.

Milderung des Konflikts im Saargebiet?

Saarbrücken, 14. August.

Der Belagerungszustand ist mit dem heutigen Tage aufgehoben. Zwischen den Organisationen und der Regierungskommission finden seit gestern Verhandlungen statt.

Berlin, 14. August.

W.T.B. meldet: Wie wir hören hat die Deutsche Regierung die Geschäftsträger in London, Paris und Rom und den Botschafter beim Vatikan beauftragt, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierungen auf die Vorgänge im Saargebiet zu lenken und sie auf den Ernst der durch die französischen Übergriffe hervorgerufenen Lage und die unabsehbaren Folgen der von der Saarregierung im Saargebiet getroffenen Maßnahmen hinzuweisen.

Die Aufteilung Kleinasiens. Zwischen England, Frankreich und Italien ist ein Abkommen betreffend die Abgrenzung der Besetzungszonen in Kleinasien abgeschlossen worden.

Betriebsräte

Betriebsräte! Arbeiterräte! Angestelltenräte! Betriebsobleute!

Die Unternehmer schließen ihre Betriebe oder verkürzen die Arbeitszeit. Das Wirtschaftsleben bricht zusammen. Die Not und das Elend der werktätigen Bevölkerung kennt keine Grenzen. Soll die Arbeiterklasse unter dem Wahnsinn der kapitalistischen Profitwirtschaft zugrunde gehen?

Betriebsräte! Ihr als die berufenen Vertreter der Arbeiter und Angestellten habt die Pflicht, gegen die Sabotage der Unternehmer Stellung zu nehmen!

Wir fordern euch auf, in den am Dienstag, den 17. und Mittwoch, den 18. August, stattfindenden Versammlungen der Betriebsräte vollständig zu erscheinen!

Die Tagesordnung aller Versammlungen lautet:
Wie schützt sich die Arbeiterklasse vor der Sabotage des Wirtschaftslebens durch das Unternehmertum?

Arbeiter! Arbeiterinnen! Angestellte! Fordert eure Betriebsräte auf, die für ihre Industriegruppe vorgeordnete Versammlung der Betriebsräte zu besuchen. Lohnt euch in Betriebsversammlungen Bericht erstatten.

- Die Versammlungen der Betriebsräte finden statt:
- Dienstag, den 17. August 1920, abends 6 Uhr: Metallindustrie, Bergbau, Glätten- und Salinenwesen: Germaniastraße, Berlin, Chausseest. 110.
 - Holzindustrie, Bau- und Steinindustrie: Bölow-Brauerei, Prenzlauer Allee 10/11.
 - Graphisches Gewerbe, Chemische Industrie, Landwirtschaft: Pharusstraße, Mühlent. 142.
 - Staats- und kommunale Behörden und Institute, Banken und Handel: Lehrervereinshaus, Alexanderplatz.
 - Mittwoch, den 18. August 1920, abends 6 Uhr: Verkehr, Lebens- und Genussmittelindustrie: Brauerei Pagenhofer, Fildinstr. 3.
 - Bekleidungs- und Textilindustrie, Lederindustrie: Germaniastraße, Chausseest. 110.

Provisorische Zentrale der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin, gez. Rich. Müller, gez. R. Bollmerhaus.

Betriebsrätezentrale und Afa

Von der Provisorischen Betriebsrätezentrale wird uns geschrieben:

Der vom Geschäftsführer des Ortsrats der Afa verbreitete Bericht mit der Unterschrift — Hermann — Bernhardt — scheint dem Zweck zu dienen, die Zusammenfassung der Betriebsräte, die nun endlich ihrem Abschluss entgegen geht, noch in letzter Stunde zu sabotieren. Wir möchten demgegenüber folgendes feststellen: Die „kombinierte Sitzung der Gruppenräte der Afa und der Zentrale in den Zellen“, die am 12. August d. J. in den Jugendläden, Rosenthaler Straße, tagte, war von 28 Betriebsräten der Afa und von 68 Funktionären und Betriebsräten der S. P. D. besucht. Die Anwesenden gehörten fast sämtlich der S. P. D. an. Ob die Afa als solche offiziell diese Sitzung und ihre Entschlüsse anerkennt, bedarf der Befragung. Der Verlauf dieser Sitzung, die „einstimmig“ angenommene Entschlüsse, sowie die Zusammenfassung der letztgenannten Kommission, sowie die Zusammenfassung aller Angestellten- und Arbeiterräte in einer freigewerkschaftlichen Zentrale vorzunehmen will, so ist das eine maßlose Überhöhung der Bedeutung der S. P. D. in Berlin und kann nur lächerlich wirken. Genau so lächerlich wirkt die Aufzählung dieses Gremiums an die Arbeiterräte und Angestelltenräte, der von der provisorischen Zentrale jetzt vorgenommenen Zusammenfassung keine Folge zu leisten.

Eine offizielle Erklärung der Afa zu diesen Bestrebungen der S. P. D., die anscheinend die Afa vor ihren parteipolitischen Wagnis zu spannen versucht, erscheint uns dringend notwendig. Die provisorische Zentrale befaßt sich in einer ihrer Sitzungen mit dem Beschluß der Betriebsräte der Afa, der den Anschluß an die provisorische Zentrale ablehnt. Sie stellt sich auf den Standpunkt, von einer Bekämpfung der Afa während der Zeit der Verhandlungen zwecks einheitlicher Zusammenfassung der Betriebsräte abzusehen, wie auch der Zusammenfassung ihrer Betriebsräte keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die provisorische Zentrale glaubte, die Entwicklung würde die Hand- und Kopfarbeiter, auch die von der Afa erfassten, ganz von selbst zu einer geschlossenen Kampffront zusammenführen. Sie berücksichtigt dabei auch die besonderen Verhältnisse der Angestelltenverbände. Steht die Afa hinter den Bestrebungen, die am 12. August in jener „kombinierten Sitzung“ angekündigt wurden, dann bedeutet das eine Kampfanlage an die provisorische Zentrale, und, da diese im Antrage der Berliner Arbeiter handelt, auch an diese. Die provisorische Zentrale legte gegenüber der Afa eine durchaus lokale Haltung an den Tag; sie hätte wohl auch daselbe von jener Seite erwarten können.

Die Erfassung aller Betriebsräte ist in vollem Gange. Die Gruppen der Metallindustrie, Bergbau, Landwirtschaft, Bauwesen, freien Berufe und Verkehr sind bis auf einige Bruchteile restlos erfasst.

Am Dienstag, den 17. August melden sich die Hauptgruppen: Holzindustrie, Bekleidungs- und Textilindustrie, Banken und Handel.

Am Donnerstag, den 19. August: Graphisches Gewerbe, Staats- und kommunale Behörden, Privat-Institute und die Hauptgruppe der Sozialversicherung.

Am Sonnabend, den 21. und Montag, den 23. August: Lebens- und Genussmittelindustrie, Gasanstalten, Wasserwerke und die Lederindustrie.

Aus den bisherigen Meldungen ergibt sich, daß auch die Angestellten die Notwendigkeit einer einheitlichen Zusammenfassung aller Betriebsräte erkannt haben, indem sie gleichfalls dem Rufe der provisorischen Zentrale folgten. Auch ein erheblicher Teil der der Afa angeschlossenen Betriebsräte melden sich, da sie der Meinung sind, daß ihnen das Recht zusteht, sich auch außerhalb der Afa gemeinsam mit den Betriebsräten der Arbeiter zu einer geschlossenen Kampffront aller Hand- und Kopfarbeiter zusammenzuschließen. Auch der neueste Sabotageversuch der S. P. D. wird an dem Klassenbewußtsein der Arbeiter- und Angestelltenräte scheitern. Die Arbeiter in den Betrieben müssen ihre Betriebsräte kontrollieren, ob sie die Meldung vollzogen haben.

Gewerkchaftliches

An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Seit einigen Wochen haben wir feststellen müssen, daß die von der Organisation herausgegebenen beitragsfreien Marken nachgemacht worden sind. Dieser Verdacht hat sich bestätigt; die Beitragsmarken der Organisation sind von Fälschern nachgemacht, insbesondere Beitragsmarken zu 3,40 M., 2,70 M. und 70 Pf. Berliner Lokalzulagsmarken. Auf unsere Anzeige hin hat die Kriminalpolizei Feststellungen gemacht. Ihr ist es gelungen, die Fälschergesellschaft zu entlarven. Die Mitglieder sind beschlagnahmt, der Bruder der Marken ist festgesetzt. Die gefälschten Marken sind an folgendem kenntlich: die Marken zu 3,40 M. sind vor dem Fälschungsprozess fotografiert. Daraus ergibt sich, daß die Zahl „3,40“ größer ist als bei den echten Marken. Außerdem ist die Grundfarbe der Marke blässer. Ferner sind die Marken nicht mit einer Perforiermaschine hergestellt, sondern mit einem Rad perforiert. Daher sind die gefälschten Marken an der Umrandung nicht scharf, wie bei den echten Marken, sondern abgerissen und unklar. Besonders im Bezirk 19 und 20 sind die gefälschten Marken im Umlauf. Der Entwertungstempel ist gleichfalls photographisch nachgemacht und insoweit auch größer als der echte Stempel. Da die Marken von 2,70 M. und 70 Pf. Lokalmarken, nur drei Wochen verandt sind, haben sie für die Fälscher keine große Einnahme bringen können. Es erübrigt sich daher, den Unterhalt dieser Marken zur Kenntnis zu bringen, da sie ja inzwischen nicht mehr verwandt werden können.

Festgestellt wurde ferner, daß größere Rollen Marken zum Verkauf angeboten wurden, in einem Falle sogar 10 000 Stück. Dieses Angebot wurde besonders unsern als Hauskassierer tätigen Kollegen gemacht.

Wir fordern alle unsere Bezirkskassierer, Hauskassierer und Vertrauensleute auf, die Bücher der Mitglieder daraufhin zu kontrollieren, ob sich in denselben falsche Marken befinden. In den Fällen, wo dies festgestellt wird, erwarten wir von allen Funktionären und Kollegen, den Verkäufer der Marken festzustellen. Die Ortsverwaltung.

Die Zentral-Markthalle ein Musterbetrieb?

Im technischen Sinne stellt die Zentral-Markthalle einen unter städtischer Aufsicht stehenden Betrieb dar. Dieser Betrieb zerfällt in eine große Anzahl kleiner Betriebe. Die Inhaber dieser Betriebe sind, mit wenigen Ausnahmen, organisiert im Zweigverband der Berliner Südfruchtgroßhändler und der bisherigen Anklischen Obst- und Gemüseverteilung (Leht die Firmen Blau-mann, Wandel, Köpfe & Co.). Der Transportarbeiter-Verband hatte bis Ende Juni d. J. mit diesen Arbeitgeber-Organisationen und der Firma Emil Janike für die in diesen Betrieben tätigen Arbeiter einen Tarifvertrag. Die Erneuerung dieses Tarifvertrages lehnen die Arbeitgeber ab und kamen aus dem Beschluß des Schlichtungsausschusses nicht nach, welcher besagte, daß die genannten Arbeitgeber-Organisationen gehalten sind, bis 1. Juli mit dem Transportarbeiter-Verband in Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages zu treten. Durch den unbegrifflichen und durch keine Gründe gerechtfertigten Standpunkt der Unternehmer ist es der organisierten Arbeiterschaft nicht möglich, die fraglichen Missetaten in der Markthalle zu beseitigen. Die Arbeiterschaft hat sich nun an die verschiedenen behördlichen Stellen gewandt, um mit deren Hilfe in der Zentral-Markthalle geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Die Einstellung von Arbeitskräften, in der Hauptsache Ausschiffskräfte, erfolgte unter Umgehung des Arbeitsnachweises. Dadurch ist jede Kontrolle unterbunden. Von den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft sind eine ganze Reihe von Fällen festgestellt, wo diese Ausschiffskräfte, spät abends, teilweise des Nachts gearbeitet und am Tage sich zur Kontrolle beim Arbeitsnachweis gemeldet haben. Es schließen sich Elemente ein, mit denen die rechtliebende und organisierte Arbeiterschaft nichts zu tun haben will, um nicht die zahlreichen Diebstähle auf ihr Konto ziehen zu lassen.

Die Arbeitszeit erreicht in den meisten Fällen 12 bis 16 Stunden täglich. Daß die organisierte Arbeiterschaft diese Durchbrechung des Achtstundentages ablehnt, ist selbstverständlich und führt zu häufigen Differenzen mit den Arbeitgebern. Das Trinkgeldeunwesen steht in voller Blüte.

Zu dem abuschließenden Tarifvertrag verlangten die Arbeiter auch eine Bestimmung aufgenommen, daß ihre Vertrauenspersonen das Recht hätten, eine Kontrolle des Taragewichts beim Verkauf an den Kleinhandlärer auszuüben. Es wird in den Kreisen der Interessenten davon gemunkelt, daß es in dieser Beziehung nicht immer so rein zugehen soll.

Wenn nun die Arbeitgeber sich weigern, durch Abschluß eines Tarifvertrages und durch gemeinsames Vorgehen mit der organisierten Arbeiterschaft die hier angeführten und noch weiteren Missetaten zu beseitigen, so wirkt dies gerade kein schönes Licht auf das Verhalten der Unternehmer.

Leider gibt es noch eine Anzahl unorganisierter Arbeiter in der Zentral-Markthalle, welche dem Bestreben ihrer organisierten Kollegen kein Verständnis entgegen bringen und demzufolge mit Schuld an solchen Skandalösen Zuständen sind. Der Lohn von 120 M. pro Woche, der in diesen Fällen in der Markthalle gezahlt wird, soll nicht durch Ueberstunden und Trinkgeld künstlich erhöht werden, sondern es muß von den Unternehmern verlangt werden, einen angemessenen Lohn zu zahlen. Bei dem gerade nicht geringen Profit, welchen sie erzielen, sind die Unternehmer wohl dazu in der Lage.

Wenn die Arbeiter der Markthalle sich ohne Ausnahme ihrer Organisation, dem Transportarbeiter-Verband, anschließen, werden sie auch dieses erreichen.

Die graphischen Hilfsarbeiter und der Verbandstag

Am Donnerstag nahm die Berliner Hilfsarbeiterkassier die Rechte der Delegierten vom Verbandstag in Frankfurt a. M. entgegen. Kraas hatte das Referat übernommen. In 1 1/2 stündigen Ausführungen zeigte Kraas, daß diese Tagung alles bisher Gewohlene weit in den Schatten stellte. Schon die Zusammensetzung des Verbandstages war eine Ironie auf das demokratische Prinzip. 29 Delegierte vertraten 20 000 Mitglieder, während die übrigen 69 Delegierten von 22 000 Mitgliedern ihr Mandat hatten. Nach dieser Konstellation ist auch das Ergebnis zu bewerten. Im Geschäftsbericht sprach der Vorsitzende weniger über den Geschäftsbericht selbst, als hauptsächlich von der „sogenannten Opposition“, die in der Propagandakommission ihr organisatorische Leitende habe. Der Verbandstag müsse daher Mittel und Wege finden, um dieser Sonderorganisation endgültig den Garaus zu machen. Nachdem jedoch die Anhänger der Opposition erklärten, sie denken gar nicht daran, sich durch die Drohung des Vorstehenden ihre Agitationsarbeit beschneiden zu lassen und auf ihre starke Verbänderschaft hinwirken, die fast die Hälfte der Mitglieder des Verbandes betrage, wurden die Großsprecher doch etwas kleinlauter.

Als teilweiser Erfolg kann gebucht werden, daß in Zukunft 600 Mitglieder einen Delegierten entsenden. Allerdings möchte man die Tatsache hinnehmen, daß in Zukunft Gulleiter, ohne gewählt zu sein, Sitz und Stimme auf dem Verbandstage haben. So komödiantisch wie der Verbandstag, so wird der neugegründete „demokratische“ Verbandsbeirat zusammengesetzt sein. Es sendet jeder Gau einen Delegierten. Die drei oppositionellen Gaus

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Welch du, allein in dem Wladimirschen Gouvernement sind 250 000 Kinder vor Hunger paralysiert, und wieviel solcher Gouvernements gibt es in Rußland? Und das sind nur Kinder. Wie unzählige Frauen, Greise, wenig widerstandsfähige Männer, sterben auf die gleiche Art! Die vier Kriegsjahre waren für das russische Volk ein schweres Kreuz von Qualen. Schon allein bei der Nachricht von der Revolution weinten die Menschen wie Kinder, alle waren in einer andächtigen, gerührten Stimmung. Verstehe wohl, die jahrhundertelange Sklaverei flürzt ein, die Ketten zerreißen, und ein neues, liches Leben schwebte einem vor. Wundere dich nicht, wenn ich dir sagen werde, daß die Menschen einander, wie zum Osterfest, dreimal küßten, denn es wurde ja eine Auferstehung von den Toten gefeiert, verstehst du? Das ganze Volk anerkand!

Aber ach! Welch bittere Enttäuschungen bereitete das Schicksal dem leidenden Duldervolke!

Dort in Europa macht man sich die Illusion, denkt man sich, daß die russische Volksmasse jetzt noch die wahren Gründe ihrer Leiden nicht versteht. Sie irren sich gewaltig, und gegen diese irrlümmliche Auffassung bitte ich, daß du deine Stimme erhebst. Dort, in Europa gibt man sich der Illusion hin, daß das russische Volk, wenn man es weiter zu unendlichen Leiden zwingen wird, daß es in diesem Falle die heutige sozialistische Regierung als Ursache seiner Leiden ansehen wird, die Regierung stürzen und seinen Raden wieder unter das Joch der früheren Tyrannen beugen wird. Aber ich wiederhole, sie irren sich, die Masse ist nicht so dunkel-unwissend, wie sie es glauben. Die fünf Jahre Krieg und die Revolution waren für das Volk eine ausgezeichnete Schule, die den Massen die Augen geöffnet hat. Das russische Volk, die hundert Millionen zählende Arbeitermasse weiß jetzt, wer seine wahren Feinde sind.

Schreibe nach Europa, erhebe deine Stimme, sage: Was wollt ihr von uns? Weshalb seyd ihr eure Brüder, um unsere Freiheit zu ersticken? Was wollen die Engländer in Archangel, im Finnischen Meerbusen, im Turkestan, und die Franzosen in Odesa, in der Krim, im Klein-Rußland? Weshalb bewaffnen sie die reaktionären Generale des alten Regimes zu einem Kriege des Brudermordes? Alle diese Herren Denikin, Koltschal, Judenitsch sind schlimmer als ein Judas; das Geld, das sie von Frankreich und England erhalten, um die eigenen Brüder zu töten, ist schlimmer als die dreihig Silberlinge des Judas. Diese Männer können doch unmöglich die Ketter Rußlands sein? Und vor wem wollen sie es retten? Sie sind bloß die dunklen Werkzeuge der russischen Schwarz-hundert-Reaktion und des europäischen Kapitalismus. In den Gebieten, die sie erabern, führen sie ein schlimmeres Regime als zu Zeiten des Zaren ein, überall Mord, Raub, Gewalttat. . . Und weshalb unterstützen die Europäer bloß diese Räuber ohne Ehre und Gewissen? Ist es nur, damit wir ihnen ihre Milliarden bezahlen?

Sage den Franzosen, daß das russische Volk ihre achtund-dreihig Milliarden nicht gesehen hat; daß es nicht das russische Volk war, das dieses Geld geliehen hat. Der Zar, der Stab von Großfürsten, die Minister und der Adel verbrauchten dieses Geld für ihre Mätressen, für den Luxus ihrer Palastausstattungen, für den russisch-japanischen wie für den Weltkrieg, sie benutzten schließlich das Geld, um im Jahre 1905 die russische revolutionäre Bewegung, die russische Freiheit in Blut zu ertränken.

Da-ha-hal! Was haben die fett gemästeten französischen Bourgeois auch für eine Niederträchtigkeit erfinden können! Sie gaben dem Henker das Geld, damit dieser den Strick laufe und das russische Volk erwürge, die Rechnung aber für den Strick weisen sie dem Gehängten vor! Pfui, welch ein ekelhafter Niedergang!

Rufe ihnen zu, daß wir, solange wir die Möglichkeit haben werden zu kämpfen, um es zu verhindern, daß uns dieses schmachvolle Joch, das Bezahlen der Rechnung für den Strick des Henkers, auferlegt wird, wir kämpfen werden! Die Franzosen werden von uns nicht einen einzigen Centime zu sehen bekommen, und die Hoffnungen, die sie auf solche Verräter wie Denikin, Judenitsch und Koltschal setzen, sind vergeblich, da ein Werk, das durch Verrat geschaffen worden ist, nicht von Dauer sein kann. Sogar, wenn es diesen Judas-verrätern gelingen sollte, einen Augenblick die Oberhand zu gewinnen, so hätten sie einen ewigen, unversöhnlichen Kampf mit den Volksmassen zu führen. Es ist schwer, das Leben und die Geschichte rückgängig zu machen; diese Herrschaften träumen aber davon, die alten Zarenzeiten wieder herzustellen. Ich weiß, Europa ist eine moralisch degenerierte Kloake, in

der der fett gemästete, betrunken Kaufmann, die jügellose, ausweichende Dirne und eine undenkbar moralische Sauerzrei und Verwilderung herrschen. Diese Zivilisation ist unabänderlich zum Untergange verurteilt, und je schneller sie untergehen wird, umso besser für die Menschheit, da sie einer sinkenden Leide gleich, welche die Luft ringum verpestet.

Aber inmitten dieser kapitalistischen Bacchanalien gibt es in Europa noch ehrliche Herzen, schweißige Hände, offene Stirnen, die sich nicht schämen brauchen, denen keine Vorwürfe gemacht werden können. Bei ihnen klappe an, Kolla, mein Güter!

Ich weiß wohl, sie sind machtlos, sie können nicht mit eignen Kräften den ganzen verfaulten Bau umstürzen. Aber als Ehrliche müssen sie uns die Hand entgegenstrecken und gemeinsam mit uns kämpfen. Und vielleicht wird unter dem Druck der allgemeinen Anstrengung der unversöhnliche Feind gebrochen werden.

Sage diesen ehrlichen Menschen in Europa, daß ihre Kapitalisten ganz Rußland in Brand gesteckt haben, daß ganz Rußland von einem Ende bis zum andern in einer grandiosen, unheilverkündenden Feuersbrunst flambiert; Dörfer, ganze Städte stürzen ein und Millionen und aber Millionen von unschuldigen Menschen müssen untergehen.

Du weißt, in Rußland ist es Sitte, bei Feuersbrunst Alarm zu schlagen. In Rußland wütet jetzt ein grandioiser Brand und es muß Alarm geschlagen werden, so daß alle Herzen vor Schreden erbeben. . . . denn Rußland geht unter! Wir brauchen Hilfe, weniger um unser Leben zu retten, als um den Glauben eines hundert Millionen zählenden Volkes an das Gute und die Wahrheit in dieser Welt zu retten. Sonst werden wir mit von Erbitterung erfülltem Herzen sterben, wir werden sterben, das Leben und die Menschheit verfluchend. Das aber. . . . das ist etwas Furchtbares. . . ein solcher Tod eines Verzweifelten. . .

Ich lege den Brief auf den Tisch, ich stütze den Kopf in die Hand, ich will denken, aber die Gedanken wollen sich nicht aneinanderreihen. Es steht vor mir dieses große Bild der unheilvollen Feuersbrunst, das von meinem Freunde flammert worden ist. Ja, es ist auf gesagt; Rußland geht unter, es vergeht sein Glaube an Menschlichkeit. . . .

Und weshalb, weshalb muß es untergehen protestiere ich empört. Ich suche nach einer Antwort. . . aber, o weh. . . ich finde keine! . . . (Fortsetzung folgt.)

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Nach einem Beschluß des Zentralvorstandes findet die Verbandsgeneralsversammlung nicht am Mittwoch, den 18., sondern am Mittwoch, den 25. August, statt.

Die Geschäftsleitung.

Stadtverordneten-Fraktion Groß-Berlin

Wir ersuchen die Bezirksverordneten, in Ihren Verwaltungsbezirken die Fraktionsvorsitzenden zu wählen. Die Namen und Adressen ersuchen wir umgehend dem Verbandsbureau, Schilderstraße 5/6 zu übermitteln.

Die Neuwahl der Kreistage

Mit der Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin verlieren die Kreise Teltow und Niederbarnim einen erheblichen Teil ihrer Gemeinden und den größten Teil der bisherigen Einwohnerzahl und ihrer Steuerkraft. Die Kreistage sind infolgedessen anderweitig zusammenzusetzen. Der Oberpräsident hat auf Grund des Gesetzes Groß-Berlin angeordnet, daß eine völlige Neuwahl der Kreistage vorzunehmen ist. Zur Verteilung der Kreistagsitze auf die Kreistage tritt der Teltower Kreistag am Sonntag, den 28. d. M., und der Niederbarnimer Kreistag am Sonntag, den 21. d. M., zusammen. Diese Sitzungen werden aber voraussichtlich noch nicht die letzten vor der Aufstellung der Kreise sein; wahrscheinlich werden im Laufe des Septembers die Umsiedelungen stattfinden.

Im Kreise Teltow werden die Kreistagswahlen am Sonntag, den 28. September, stattfinden. Bei einer dem Kreise verbleibenden Einwohnerzahl von 105.301 (nach der Volkszählung von 1910) sind 40 Abgeordnete zu wählen. Hieron entfallen auf den Wahlverband der Städte 16 und den ländlichen Wahlverband 24 Abgeordnete, und zwar erhalten: Nowawes 9, Jossen 2, Teltow 2, Trebbin, Mittenwalde und Teuditz je 1 Abgeordnete. Im Wahlverband der ländlichen Gemeinden und Gutsbezirke wählen die Gemeinden Hohenerheime 1 und Königswusterhausen 2 Abgeordnete, die übrigen in 7 Wahlbezirken je 3 Abgeordnete.

Der verbleibende Niederbarnimer Kreistag wird aus 41 Abgeordneten bestehen; zugrunde gelegt ist eine Einwohnerzahl von 112.821. Der Wahlverband der Städte erhält 10 Abgeordnete und war: Oranienburg 5, Bernau 3, Liebenwalde und Alt-Landsberg je 1 Abgeordnete. Auf den Wahlverband der Landgemeinden entfallen 31 Kreistagsabgeordnete. Hieron haben die Gemeinden Erkner, Herzfelde, Hohennauenhof, Kallberge und Mühlberg je 1, Tasdorf 2 Abgeordnete zu wählen, während die übrigen Gemeinden und Gutsbezirke in 8 Wahlbezirken je 3 Abgeordnete wählen.

Die Deklassierten

Die Sozialisten haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die „Rechtsordnung“ nur von den Mächtigen im Staat geschaffen ist, zum Schutze ihrer Interessen. Die Not ist die Hauptursache der Gesetzesverletzungen. Die Reichen können durch die soziale Überlegenheit, die der Besitz verleiht, durch gesellschaftliche Verbindungen und den Einfluß des Geldes, fast immer die Klippen der Gesetze umgehen. Es ist eine ungeheure Lüge, daß vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind. Man läßt nur den Armen schuldig werden. Wer aber einmal schuldig befunden wurde, den trifft die Brutalität der bezug- und hilflosen Rechtsmaschine mit unumstößlicher Härte. Die Gefängnisstrafe und die Unterdrückung, die eigentlich nur eine Freiheitsentziehung sein sollen, sind unter den heutigen Ernährungsverhältnissen eine Folter, die jeden Häftling zeitungslos körperlich und seelisch zugrunde richtet und viele in die Kranken- und Irrenhäuser bringt.

In einer am Freitag im Arbeitervereinshaus abgehaltenen Versammlung der Vorbestraften, kamen Dinge zur Sprache, die eine fürchterliche Anklage gegen die geistliche deutsche Kultur sind. Auch erschütternde Bilder der Menschenvernichtung, die das polizeiliche Vorstrafenregister verleiht, wurden vorgetragen. Für den, der nach verurteilter Strafe sich als ordentliches Mitglied in die menschliche Gemeinschaft einfügen will, beginnt die Strafe erst, wenn er das Gefängnis verläßt. Das Vorstrafenverzeichnis, das jedem dummen Amtschreiber zur Verfügung steht und bei jeder Dienstveränderung mitwandert, ist ein Dämon bei jedem anständigen Erwerb und treibt wieder auf die Bahn des Verbrechens.

Dieserjenige, die unter diesen barbarischen Zuständen zu leiden hatten, wollen nun durch Organisation sich und anderen selbst helfen. Nach einem Vortrag des Genossen Wg. Reich, Hamburg, wurde in der gestrigen Versammlung beschlossen, einen Reichsverband der Vorbestraften und Angefallenen zu gründen. Die Hauptaufgabe dieses Verbandes soll es sein, die aus den Gefängnissen Entlassenen der Menschheit und der Arbeit wieder zuführen; die Beseitigung der polizeilichen Vorstrafenregister zu fordern; den Angefallenen Rechtsbeistand und Unterstützung zu gewähren und für eine Erleichterung des Wiederaufnahmeverfahrens zu wirken.

Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich zunächst in Schönberg, Martin Lutherstraße 18, Portal 2.

Fast alle Diskussionsredner waren darin einig, daß nur durch eine Aenderung der politischen Verhältnisse, das Klassenunrecht der heutigen Rechtspflege beseitigt werden kann. Der Verband will nur die schlimmsten Auswüchse bekämpfen und die Öffentlichkeit zum Kampfe gegen Rechtszustände aufrufen, die weder mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, noch mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes in Übereinstimmung zu bringen sind.

Arbeiter Bildungsschule U.S.V.D.

Verband Bildungskommission Berlin-Brandenburg.

Am Sonnabend, den 21. August, abends 6 Uhr, findet in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Inselstraße Ecke Wallstraße, eine Konferenz statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Löwenstein: „Der Wert der Bildung im Freiheitskampf des Proletariats“. 2. Vortrag des Genossen Stein: „Der Aufbau der Parteibildungsarbeit“. 3. Aussprache. Die Mitglieder sämtlicher Bildungscommissionen Berlin-Brandenburg sind hierzu eingeladen. Legitimation: ein Ausweis von der Parteioorganisation.

Torf statt Kohlen

Unserem Wunsche gemäß äußert sich jetzt ein Fachmann über die Verwendbarkeit von Torf in den Berliner Öfen wie folgt:

In der „Freiheit“, Nr. 328, wird erlucht, über Torfverwendungen in den Berliner Kachelöfen die Erfahrungen auszutauschen. Unter Berliner Kachelöfen versteht man einen Ofen ohne Kachelumkleidung. Dieser technische Fehler liegt in unserer Bauordnung. Warum soll in dem Berliner Ofen nicht Torf gebrannt werden können, ist doch der Torf in früheren Jahren ein Hauptbestandteil des Brennmaterials für Berliner Kachelöfen gewesen.

Am nun Torf für diese Öfen zum Heizen zu benutzen, gehört dazu ein großes Quantum Holz, damit der Torf schnell zur Glut entzündet wird. Mit wenig Holz würde der Torf nur langsam zur Verbrennung gelangen, erstens wenig Hitze erzeugen, zweitens die Heizgase zum großen Teil nach dem Schornstein entweichen lassen, würde also bei der heutigen Verteuerung des Holzes nicht den Zweck erfüllen. Anders verhält sich die Sache bei Kachelöfen mit Kachelumkleidung; hier braucht der Torf nicht soviel Holz, da die Sauerstoffzuführung durch den Rost den Torf schneller zur Glut entzündet, infolgedessen eine größere Heizwirkung verursacht wird.

In untern Kachelöfen kann jedes Brennmaterial verwendet werden, wenn der Ofen mit Kachelumkleidung versehen ist. Hier liegt ja der technische Fehler in unserem Heizsystem; das scheint für unsere Heiztechnik kein dankbares Feld zu sein. Es wäre angebracht, daß die Herren sich einmal ernsthaft mit der Sache beschäftigen würden.

Eine Interessengemeinschaft aller Lungenkranker

Am 26. Juli d. J. fand im Restaurant von Pils, Berlin, Köstener Straße 27, eine Zusammenkunft Berliner Lungenkranker statt. In dieser Zusammenkunft war auch eine Abordnung der Heilstätte Beelitz erschienen. Nachdem von den Anwesenden die Möglichkeit einer Aenderung in der Fürsorge für Lungenkranke reichlich diskutiert wurde, kam man zu dem Entschluß, eine Interessengemeinschaft aller Lungenkranker zu bilden.

Um eine Einheitlichkeit des Vorgehens und des Handelns herbeizuführen, ist es dringenderwünscht, wenn sämtliche Heilstättenpatienten Deutschlands sich durch ihre Patientenräte mit dem provisorischen Vorsitzenden in Berlin in Verbindung setzen. Es wäre zweckmäßig, wenn auf diese Weise die neue Interessengemeinschaft aller Lungenkranker Situationsbilder aus dem Heilstättenwesen bekommen würden. Diese Berichte dürften allerdings nur Tatsachenmaterial enthalten, müssen also so objektiv wie nur möglich abgefaßt sein. Wo noch keine Patientenräte gewählt sind, müssen die Wahlen sofort vorgenommen werden.

Die nächste Sitzung der Interessengemeinschaft aller Lungenkranker findet am 22. d. M., vormittags 10 Uhr zu Berlin, im Restaurant von Pils, Köstener Str. 27, statt.

Alle Arbeiterzeitungen werden gebeten, diese im Interesse der Bedauernswerthen aller Proletarier liegende Mitteilung anzunehmen. Anfragen sind zu richten an Paul Dennig, Berlin NW 87, Wielestr. 36.

Die Bezirksverordnetenfraktion des dritten Verwaltungsbezirks (Wedding) hat sich konstituiert. In den Vorstand sind die Genossen Karl Henkel, Hans Bod, Fritz Kreienbrink, die Genossin Charlotte Folber und der Genosse Gustav Blaschitz gewählt worden.

Jugendweife. Für die Kinder derjenigen Eltern in Groß-Berlin, die aus der Landeskirche ausgeschlossen sind und keiner anderen Religionsgemeinschaft angehören, finden die Jugendweifen am 12., 18. und 26. September, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlsruherstr. 11, statt. Eintrittskarten für Erwachsene je 2 M., für Kinder je 1 M. sind im Bureau, Schillerstraße 6-8, zu haben. Auch Gäste dürfen an der Feier teilnehmen.

Schulreform im neuen Groß-Berlin. Für die Volksschulen der neu zu bildenden Gemeinde Berlin ist durch die veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die gesetzliche Einführung der vierjährigen Grundschule eine Aenderung des

Grundlehrplans zur Notwendigkeit geworden. Mit Rücksicht darauf hat die städtische Schuldeputation in ihrer letzten Sitzung beschlossen, einen Lehrplanausschuß unter Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Fischer zu bilden, der sich aus Vertretern der Gemeinden Groß-Berlins und ihrer Lehrerschaft zusammensetzen soll. Der neue Grundlehrplan soll in zeitgemäßer Weise die Reformfragen der staatsbürgerlichen Erziehung, der Arbeits- und der Heimatschule lösen und grundlegend für die im Sinne der Einheitschule zu gestaltenden Schulformen wirken.

Die bei der Post gewählten Beamten- und Arbeiter-Ausschußmitglieder werden ersucht, sich bei der provisorischen Betriebsratzentrale, Wälschstr. 24, zu melden.

Neue Verkehrsmittel. In Berlin ist eine Verkehrs-Gesellschaft in Bildung begriffen, die sich die Aufgabe stellt, neue Autobuslinien einzurichten. Als erste und wichtigste Strecken sind vorläufig festgelegt und von den in Betracht kommenden Gemeinden genehmigt worden: Gr. Lichterfelde—Alexanderplatz; Friedenau—Stettiner Bahnhof; Tegel—Alexanderplatz; Reinickendorf—Stettiner Bahnhof; Reinickendorf—Tegel (Wittenau). Ferner wird von der Gemeinde Friedenau eine Verkehrsline nach Wannsee und eine Verbindung nach dem Anhalter Bahnhof nach 10 Uhr abends gewünscht. Hiermit ist die Zahl der neuen Autobuslinien noch nicht abgeschlossen. Die Wagen werden in kurzen Abständen fahren, etwa 20 Personen fassen und mit Oberdeck versehen sein. Auf jeder Linie sollen sechs Teilstrecken zu je 80 Pf. eingerichtet werden. Sammelfahrer und Monatsabonnements sind in Aussicht genommen. — Eine Bereicherung unserer Verkehrsmittel bedeuten diese Einrichtungen unzweifelhaft, aber für die breiten Massen kommen sie wegen ihres hohen Fahrpreises nicht in Betracht. Dagegen wird die Geschäftswelt und auch derjenige, der schnell nach einem Ziel gelangen will, die neue Fahrgelegenheit mit Freuden begrüßen.

Schaukennung von Pilzen. Das städtische Medizinalamt Berlin, Fischerstr. 39/42, Ecke Mühlendamm (gegenüber der Sparkasse) veranstaltet seit dem 13. August bis auf weiteres eine kleine Schaukennung erhabener und giftiger Pilze der Umgebung Berlins. Um eine verwirrende Fülle zu vermeiden, ist auf die Vorkührung nur häufig vorkommender Pilze Wert gelegt worden. Die Bestimmung steht kostenlos täglich von 8—5 Uhr jedermann frei. — Im Interesse der Ergänzung verdorrter Pilze ist erwünscht, daß Naturfreunde dem Medizinalamt Broden selbstgefundener Pilze zur Verfügung stellen. — Die vom Magistrat im Köllnischen Rathaus eingerichtete Pilzberatungsstelle ist vom 17. August bis 22. September an jedem Dienstag und Freitag von 1—3 Uhr geöffnet. Eingang am Köllnischen Park. Die Bestimmungsgesühr beträgt für jede Art 50 Pf.

Das nächste Städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters, unter Leitung von Richard Hagel, findet am Montag, den 16. August, in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Eintrittspreis 1 Mark.

Städtische Jugendbühne Bismarck. Der einheitliche Eintrittspreis zu den Abendvorstellungen für Erwachsene (Beginn der Vorstellungen ab 15. August abends 7 1/2 Uhr) beträgt nach wie vor 1,50 M. (nicht 1 M., wie irrtümlich mitgeteilt).

Die Sozialisierung von Kohle und Stahl wird Bergassessor Alfons Horzen (der frühere Ingenieur-Direktor) Dienstag, 16. August, in einem Vortrag des Bundes Neues Vaterland, Leibniz-Oberrealschule, Charlottenburg, Schillerstr. 125/27 (Knie) behandeln. Karten für Gemeindefreiwirtschaftler 1 M. vorher B. R. B., Kurfürststr. 125 (9—4 Uhr) und Abendkasse.

Selbstmord wegen einer Risse Eier. Bei der Güterabfertigung des Bahnhofes Frankfurter Allee war in der Ermittlungsabteilung der Dienststelle, die die Nachforschungen über überzählige Güter zu leiten hat, der Eisenbahnassistent Schw. tätig. Dieser hatte das in ihm gefasste Vertrauen mißbraucht und eine Kiste mit Eiern verschoben, die nach dem Schließens Bahnhof geschickt und an die Adresse seiner Eltern, die in Breslau wohnen, ausgegeben. Die Ermittlungen, die die Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin nach dem Verbleib der Kiste alsbald anstellte, führten zur Ueberführung des Täters, der die Tat auch eingestand. Der bereits 18 Jahre im Dienste befindliche Beamte, dem wegen der Straftat die Entlassung bevorstand und der erst vor kurzer Zeit geheiratet hatte, hat sich dem irdischen Richter entzogen und seinem Leben durch Erhängen gestern früh ein Ziel gesetzt.

Straßenperierung: Die Königstraße zwischen Tiden- und Klosterstraße ist bis auf weiteres für den gesamten Fahrverkehr gesperrt.

Verloren. Einem Familienvater ist am 13. August das Mitgliedsbuch vom 2. Bezirk (Poststr. 2) mit der Arbeitslosenunterstützung, sowie Invalidentaxe Nr. 27 und rote Stempeltaxe für Fahrlieger, abhanden gekommen. Bei Mißbrauch wird gewarnt. Abzugeben oder zuzufinden an A. Trausette, Dennewitz-Str. 23.

Der Bäckermüller Emil Rößtopp, Wilmannsstr. 20, ist wegen unzuverlässiger Betriebsführung von der Rechtsprechung ausgeschlossen worden.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kaminer, Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 60.

Neuköllner Großhandels-gesellschaft m. b. H.

- Kaffee, frisch, 26.00 M. per Pfd.
- Best. Fruchtmarmelade Pfd. 3.70
- Faustkäse M. 6.50 per Pfd.
- Viktoria-Erbisen 3.00 M. per Pfd.
- Neuer Sauerkohl Pfd. 0.65 M.



- Salz ff. 4 Pfund 1.00 Mark
- Schokoladenpulver 1/4 Pfd. 4.00
- Filster Käse 30 M. per Pfd.
- Grüne Erbsen M. 1.60 per Pfd.
- Rakao, rein, 20.00 M. per Pfd.

Stets frische Seefische u. Ränderwaren in unseren Fischhallen Panierstr. 13 * Bergstraße 21

Verkaufsstellen: Pfäugerstr. 7, Donaustr. 131, Jansastr. 4, Weisestr. 35, Herrfurthstr. 9, Rogastr. 12

Verkaufsstellen: Hermannstr. 51, 142, Steinmeyerstr. 114, Boddinstr. 42, Kirchhoffstr. 45, Kuesebachstr. 24, Malzerstr. 45

Damen-Strümpfe
Baumwolle, schwarz, gewebt
7⁹⁰

Hemden-tuch
etwa 75 cm breit Meter
12⁷⁵

HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Wasch-Kleider
Weisser Voll-Volle, bestickte, neue Formen
78⁰⁰

Crêpe de chine
bedruckt, für Kleider und Blusen
Meter **68⁰⁰**

Wohlfühle Woche

Während dieser Woche bringen wir aus allen Lagern Waren aufs wohlfeilste zusammengestellt

Einige Beispiele:

Kleiderstoffe	Seidenstoffe	Herren-Artikel	Strumpfwaren
Scholten für Kleider u. Blusen, Meter 18⁵⁰	Serge für Jackenfutter Meter 29⁵⁰	Selbstbinder offene Form, aparte Dessins... 14⁵⁰	Herrensocken Baumwolle, gewebt, farb. 7⁷⁵
Schwarz-Karos etwa 110 cm breit Meter 27⁵⁰	Taffet schwarz, etwa 85 cm breit, Meter 54⁵⁰	Taghemden aus kräftigem Hemdenluch ... 62⁵⁰	Damenstrümpfe Baumwolle, schwarz, gew. 10⁷⁵
Kostümstoffe Melangen, etwa 110cm breit, Meter 29⁵⁰	Kleiderseide doppeltbr., in vielen Farben Meter 64⁵⁰	Oberhemden Zephir, m. Klappmanschu. u. Krogen 98⁵⁰	Damenstrümpfe Fior, extr. fein schwarz, gew. 14⁵⁰
Damenbekleidung	Damen-Wäsche	Blusen	Schuhwaren
Blusenröcke aus verschiedenen Stoffen 29⁰⁰	Damen-Beinkleider guter Stoff, mit Stickerei garniert 27⁵⁰	Waschblusen weiss und farbig 17⁵⁰ 28⁵⁰	Damen-Halbschuhe farbig, zum Schnüren und mit Spange 97⁵⁰
Jackenkücher auf Seide geflickt 98⁰⁰	Damenhemden vorzüglich Stoff, m. reich. Stickereigarnierung 37⁵⁰	Seidene Blusen 69⁵⁰	Damen-Halbschuhe in verschiedenen Farben, mod. Formen 175⁰⁰
Regenmäntel imprägniert, in verschiedenen Farben .. 190⁰⁰	Nachthemd halstfrei und geschlossene Form 59⁵⁰	Unterrock aus festen Stoffen 16⁵⁰	Damenstiefel Hochschaff mit und ohne Ladtappe 147⁵⁰
Waschkleider jugendliche Formen 69⁰⁰ 78⁰⁰	Morgenröcke vorzüglicher Waschstoff, od. weiss, mit Spitze 75⁰⁰	Damenwesten aus guten Stoffen 49⁵⁰	Herrenstiefel gute Verarb., Odsbitu. schw. 195⁰⁰
Druckdecken 130x130 cm gross, Stück 38⁵⁰	Laken aus kräftigem Hausluch, 150x205 1/2 Dück 85⁰⁰	Waschstoffe Meter 9⁵⁰	Nachthemden guter Rumpfstoff waschechte Besätze, off. Form 88⁵⁰

Kupfer ... 11.50
Messing 5.75
Zinn 2.75, Blei 2.60
Alle Kupferkaut zu höchsten Tagespreisen
Oberberger Straße 1
Bernauer Straße 98
Pothinger Straße 48
(am Potsdamer Platz)

Armeepistolen
und Jagdwaffen kaufen
F. W. Wanden & Co.
Gruchstraße
Berlin SW 68, Prenzlauer 90.

Alt-Metalle
zu Engros-Preisen kaufen
Invalidenstr. 142.

Kupfer M. 11.00
Messing 5.00
Zinn 2.75, Blei 2.60
Metallverkauf Charlottb.
Wallstr. 63, Tel. W. 11.171.

Alte Zahngebisse
Platinabfälle, Goldabfälle,
Eisabfälle kaufen

Emma Linke
Güterstr. 40, 2. Stock, II. Et.

Kupfer 12.50
Messing 6.00
Zinn 2.75, Blei 2.60
Schönhäuser Allee 80
am Hof, Schönhäuser Allee.

Tafel für
Reizung p. kg. 36.—
Größere Vorkauf weis. me.
Dr. Frankfurter Str. 114,
Sof. gerabau.

**Die Neuköllner Metall-
Einkaufszentrale**
Kottbuser Damm 66, am
Hermannplatz nahe für
Kupfer 11.50 M.
Messing 5.50 M.
Zinn 2.75
Blei 2.60 M.

Zinn rein 35.—
Quecksilber, Zinnablen,
Gold, Silberabfälle,
sämtliche Metalle höchst
reine. Metallschmelze
Prinzessinnenstr. 17 (III. Stock).

Altmetalle
Zinn
Quecksilber, Zahngebisse
Platin, Gold, Silberabfälle
weit über Tagespreis
nur 3 Einkaufsstellen
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48

WOLFF
Feldbergmeisterstr. 4
Strümpfrolle . 13.—
Stiel 11.—
Kupfer 10.50
Messing 5.—
andere Lampen und Metalle
höchstbillig
Geisterstrasse 60
Produktionslab.

Kupfer Kl. 11.75
Kupfer 10.—
Messing 5.75
Banka-Zinn 35.—
alle and. Metalle zu höchsten
Tagespreisen
J. Wulch, Metallengros,
Biankenfelde Str. 5
(am Alexanderpl. u. Jannowstr.)

Furniere
Eich, Buche, Sperrholz, etc.
W. Herzog, Oranienstr. 46.

Acht! Brautleute!
Ein Dukaten-Trauring
600 gestempelt, v. 140 M. an
585 95
593 90
Jede Größe ist vorrätig!
Eig. Fabrik für Trauringe!
Ankauf von Braut-Gold u. Silber
zu höchsten Preisen.
G. Alb. Thal,
Neue Grünstrasse 25
nahe Wallstraße-Spitzelmarkt.
Achten Sie genau auf Hausnummer

Möbel
gegen bar u. Teilzahlung
bei kleiner
Vorkauf und Abzahlung
Landwehr,
Oranienstr. 7
(Webling).

Möbel
Wir liefern
auf bewährte Teil-
zahlung
zu bewährten Preisen
kompl. Wohnungs-
einrichtungen,
Einzelmöbel.
Gekaufte Möbel können
hohlen Lager.
Gebr. Kassner
Wallstraße 6, am Kolben-
bergplatz.

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 10 62L.

**Wir färben
u. reinigen**

*gut
reell
billig
schnell!*

Radke, Grundmann Berlin S. 44
Dresdener Straße 34-35 -Luisehof-
Ricken
Moritzpl. 7328

Möbelfabrik Robert Seelisch
5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a
Gegründet 1876. Versand nach allen
Plätzen Deutschl.

gute Möbel-Einrichtungen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Sanz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn- und
Heerenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume
Lagerplätze: 6000 q Meter groß.

Spiralbohrer
Schulzgeleiten, Feilen,
Kant. Mech. Werkst. Dörfler
(u. Mochel) Charlottenburg,
Neue Christstraße 7, I. Stk. part.

**Spezial-Arzt für
Nerven- u. Stoffwechselfeiden**
Jeder Art. Vongjährig erprobtes Spezialverfahren. Dr.
frei. Sanitätsrat Dr. Weisse's Prisenkatt. Dr. Weisse
Spezialarzt Dr. v. Gahn, Berlin 118, Potsdamer Str. 118
Sprechstunde 10-1.

437er ZAHN-STATION 350er
Berlin, Charlotter Straße 76

Lina Heinessam, Dentistin
Neukölln, Hasenhalde 119
am Hermannplatz.

Behandlungen sämtlicher Zahnkrankheiten.
Gummiwasser Zahnresta in Gold und anderen Metallen.
Zahnreinigung in Hausdruck bei völliger Schmerzlosigkeit.
Kostenanschläge unentgeltlich.
Sprechzeit 9-1, 3-7.

Euchen zum sofortigen oder späteren Eintritt
gewandten und geschäftlichen

Geschäftsführer
für Schließende USPD-Zeitung.
Offerten mit Gehaltsansprüchen und Lebenslauf
einbringen an
Postf. Schließend 26, Weissensee, Postamt 8.

Von der Hilfe zur
Dr. Nagelschmidt
Grafenstr. 61
Kottbuser Damm 66,
Cottbus, Berliner Str. 137.
Kottb. 65.

Zurückgekehrt!
Dr. Felix Baum
Lungenfeld, u. Tuberkulose

**Einen Posten
Küchen**
prima lackiert, 71kg.
von **465 Mk.** an
Neugebauer,
Wilmsdorfer Str. 138, I.
Eck Schillerstr.
Lein Laden.

Büroangestellter
Einer von 4 kleinen Kindern
wegen Teiligung seiner polnischen
seiner Bekanntschaft
bittet um dauernde Stellung
od. Aufnahme schriftlich. Bekanntschaft
Angehörige T. J. Expedition
Freiheit.

Wiesenschel im
Schiller und Lotte. Gut
Lunden, 332 Seiten stark, mit
2.-Mark, Porto extra.
begleiten durch Buchhandlung
Freiheit, Breite Straße 80.

Siegfried Behrendt Leipziger Strasse 96

Die aus Chemnitz und Erzgebirge ca. 1 1/2 Millionen Mark sind eingetroffen u. kommen morgen, Montag, 9 Uhr ab, zum Verkauf

ca. 1000 Sportjacken in Wolle, Seide und in den elegantesten Farben und Fassons M. **245- 275- 325- 375-**

ca. 1500 Stück Damen-Directoirehosen in verschiedenen Farben und allen Grössen mit Gummizug A. M. **24⁵⁰**

ca. 500 Stück Herrengarnituren in Hellblau, Rosa, Lila, Grün, in elegantester Ausstattung M. **98- 145- 185-**

10000 Paar Tramaseidene Damenstrümpfe in allen Farben & Mark **69.-**

1000 Paar Tramaseidene Damenstrümpfe schwarz & Mark **39.50**

5000 Paar Kindersöckchen Grösse 1-10 Mark **3.75 5.75 7.75**

15000 Paar Herrensocken Ringel, uni, neueste Stiefelfarben Mark **6.50 7.50 9.50** usw.

Tagesgespräch in Fachkreisen ist der Rieseneinkauf von Damenstrümpfen
50000 Paar Damenstrümpfe in allen möglichen Arten und Farben Mark **8.75** Mark **9.50** Mark **12.50** usw.

Der Verkauf für den Herbst in Konfektion, Pelzen, Kleiderstoffen in Wolle, Sammet und Seide findet demnächst zu 'enorm billigen Preisen statt!

Achten Sie, bitte, auf das Eröffnungs-Inserat!